

16. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Die Senioren-Union hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die volle Unterstützung bei der Bundestagswahl 2017 zugesagt. „Die Kanzlerin kann sicher sein, dass die Mehrheit der Älteren hinter ihr steht“, versprach der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, unter starkem Beifall der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In ihrer Rede hatte Bundeskanzlerin Merkel für ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik geworben: „Wer wirklich Schutz sucht, muss bei uns Schutz finden.“ Allerdings müssten sich auch Flüchtlinge konsequent an deutsche Gesetze halten und Integrationsangebote nutzen, mahnte Merkel.

Bei der zweitägigen Bundesdelegiertenversammlung wurde der Vorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff mit 96,2 Prozent der Stimmen für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Vorher hatte Wulff in einer kämpferischen Rede mehr politische Mitbestimmung der Seniorinnen und Senioren in der Politik eingefordert. Auch kündigte Wulff an, dass sich die Älteren künftig mehr einmischen wollten. Dabei gehe es nicht um die Durchsetzung einer Politik für Ältere, sondern um einen Beitrag für eine solidarische Gesellschaft von Jung und Alt.

In einem Grußwort am ersten Veranstaltungstag hatte der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak, einen offenen Dialog über die Zukunft der Rente und über das Jahr 2030 hinaus verlangt. Dabei müsse klar sein, dass der Kostenanstieg nicht nur über Beitragserhöhungen finanziert werden dürfe. „Wir müssen auch über eine längere Lebensarbeitszeit diskutieren“, sagte Ziemiak.

In den Antragsberatungen sprachen sich die Delegierten der Senioren-Union u.a. dafür aus, dass die Bundesregierung einen Beauftragten für Demografie berufen soll. Auch beschlossen die Delegierten, dass in den kommenden zwei Jahren ein Grundsatzprogramm erarbeitet werden soll. Über den bis Mitte 2018 erarbeiteten Entwurf wird dann auf der Bundesdelegiertenversammlung im Herbst 2018 beraten. Einig waren sich die Delegierten auch in der Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung und zu einem Bekenntnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz. Um die Älteren nach dem Renteneintritt auf freiwilliger Basis für den Arbeitsmarkt zurück zu gewinnen, soll die Bundesagentur für Arbeit eine Beratungsfunktion übernehmen.